



Gegen die Sparpläne des Kantons haben die Baselbieter Personalverbände bereits mehrfach öffentlich protestiert – so wie hier im September 2015. NICOLE NARS-ZIMMER

NACHRICHTEN

NEUER KANTONSINGENIEUR
Drangu Sehu folgt
auf Oliver Jacobi

Drangu Sehu wird neuer Baselbieter Kantonsingenieur. Die Regierung ernannte den 44-jährigen Schweizer Bauingenieur und Innovationsmanager zum Nachfolger von Oliver Jacobi, der seinen Posten Ende Monat verlässt. Sehu trete seine neue Stelle per 1. Oktober an, teilte die Baselbieter Regierung gestern mit. Der neue Kantonsingenieur mit Wohnsitz in Basel ist derzeit noch in der Bundesverwaltung tätig. Dort arbeitete er ab 2002 im Bundesamt für Umwelt. 2010 wechselte er ins Bundesamt für Strassen. Mit den spezifischen Projekten im Kanton Baselstad sei Sehu bereits bestens vertraut. (SDA)

BINNINGEN

Kein Kauf der ehemaligen
Bezirksschreiberei

Der Gemeinderat Binningen beschloss, von einem Kauf der ehemaligen Bezirksschreiberei an der Baslerstrasse 35 abzusehen. Damit respektiere der Gemeinderat auch die politische Haltung des Einwohnerrats, welcher an seiner Sitzung vom 11. April zwei parlamentarische Vorstösse bezüglich Kauf dieser Liegenschaft nicht an den Gemeinderat überwiesen hat. Im Februar hatte der Gemeinderat beschlossen, den Erwerb der Liegenschaft zu prüfen. Verkäufer ist der Kanton Baselstad. (BZ)

ÖFFENTLICHE PLANAUFLAGE
Zonenplan Siedlung und
Zonenplanreglement

Die Gemeindeversammlung vom 20. April hat den Zonenplan Siedlung und das Zonenplanreglement in Arlesheim genehmigt. Gestützt auf Paragraph 31 des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes werden die Unterlagen in der Zeit vom 26. Mai bis 30. Juni öffentlich aufgelegt. Sie können während der Schalterstunden auf der Gemeindeverwaltung eingesehen werden. Allfällige Einsprachen sind während der Auflagefrist schriftlich und begründet einzureichen. (BZ)

ROTES KREUZ BASELSTADT
Heidi Schaffhauser neue
Präsidentin beim SRK

Heidi Schaffhauser heisst die neue Präsidentin des Roten Kreuzes Baselstad. Sie übernimmt das Amt von Peter Jenny, der nach 40 Jahren als Präsident anlässlich der Mitgliederversammlung am Dienstag zurückgetreten ist. Die Wenslingerin Heidi Schaffhauser ist die erste Frau an der Spitze des Kantonalverbands. (BZ)

OBERWIL
Ziegelei gewährt Blick
hinter die Kulissen

Vom Freitag, 27. bis Sonntag, 29. Mai, öffnet die Ziegelei ihre Türen. Seit dem Umbau gibt es über 70 Ateliers. Künstler, Handwerker, ein Kindergarten, eine Beiz, das Lädli und eine internationale Schule sind unter einem Dach vereint. Bis 1997 wurden in der Ziegelei in Oberwil Backsteine gebrannt und in alle Welt verkauft. (BZ)

REINACH
Parkiertes Fahrzeug
ausgebrannt

Ein parkiertes Auto ist gestern am frühen Morgen in Reinach vollständig ausgebrannt. Die Feuerwehr löschte den Brand. Verletzt wurde niemand, wie die Baselbieter Polizei mitteilte. Die Brandursache war zunächst unklar. (SDA)

Kahlschlag in der Verwaltung

Sparprogramm Baselbieter Regierung will nächstes Jahr weitere 58 Stellen streichen

VON MARTIN HEUTSCHI

Die Baselbieter Regierung will im kommenden Jahr 58 Vollzeitstellen streichen. Dadurch soll der Personalaufwand um 7,7 Millionen Franken gesenkt werden. Betroffen sind Verwaltungsangestellte ebenso wie Lehrpersonen.

Nach heutigem Stand erfordere der Stellenbau neun Kündigungen, wie die Regierung gestern mitteilte. Die Betroffenen seien letzte Woche von ihren Vorgesetzten informiert worden. Kantonsangestellte, deren Stelle durch Umstrukturierung aufgehoben oder angepasst wird, haben Anspruch auf Leistungen eines Sozialplans.

Die Senkung der Personalkosten soll in den meisten Fällen ohne Entlassungen erfolgen. Erreichen will die Regierung dies durch die Nichtwiederbesetzung von Stellen, durch vorzeitige Pensionierungen oder durch Pensenreduktionen. Auf die Reduktion des Personalaufwands um 7,7 Millionen Franken kam die Regierung im Rahmen einer Klausurberatung zum Budget 2017. Dieses soll im September mit den definiti-

ven Zahlen und den konkreten Massnahmen an den Landrat überwiesen werden. Die Senkung der Personalkosten gehört zum Paket jener im Juli 2015 vorgestellten Massnahmen, mit welchen die Baselbieter Regierung den in Schieflage geratenen Staatshaushalt wieder ins Lot bringen will.

Die Finanzstrategie sieht bis 2019 eine stufenweise Reduktion der Perso-

nalkosten um zehn Prozent vor, was einen Abbau von 400 der insgesamt rund 4000 Stellen erfordert. 2015 belief sich der Personalaufwand noch auf 613 Millionen Franken. Das Budget 2016 sieht eine Reduktion um 11,1 Millionen Franken vor. Allein 6 Millionen Franken soll eine Lohnkürzung von einem Prozent beim Staatspersonal bringen. Gegen diese Sparmassnahme sind

allerdings 1432 Beschwerden eingereicht worden. Fünf davon werden als Musterbeschwerden vom Kantonsgericht in einem beschleunigten Verfahren behandelt.

Ebenso schwer dürfte es werden, Stellen bei der Polizei abzubauen. An der jüngsten Landratssitzung sprachen sich alle Parteien vehement gegen Kürzungen im Sicherheitsbereich aus. (SDA/BZ)

KRITIK VOM VPOD

«Zitrone weiter ausgepresst»

Der Abbau von Stellen in der Kantonsverwaltung kommt bei der **Gewerkschaft VPOD** nicht gut an: Wenig überraschend kritisiert der Personalverband des Öffentlichen Dienstes die gestern kommunizierten Einsparungen mit harschen Worten. «Die Zitrone wird weiter ausgepresst, das heisst, gleich viel Arbeit wird bei gleichem Lohn auf weniger Schultern verteilt: 24 Vollzeitstellen weni-

ger im Jahr 2016, 58 Vollzeitstellen weniger im Jahr 2017 - und bis 2019 werden sich diese Zahlen gemäss «Finanzstrategie» nochmals verdoppeln bis verdreifachen!», heisst es in einer Medienmitteilung. Diese Massnahmen als Strategie zu bezeichnen, sei «eine Unverschämtheit erster Güte». Besonders ärgern sich die VPOD-Vertreter darüber, dass «entgegen den eigenen Beteuerungen die bestehende Arbeit auf immer weniger Schultern ver-

teilt» werde. Von der einstigen Zielsetzung der Regierung, dass eine Stellenreduktion in der Verwaltung jeweils mit einem konkreten Abbau von Leistungen einhergehen werde, sei nichts mehr übrig geblieben. «Damit passiert nun genau das, was der VPOD und Personalverbände von Anfang an befürchteten und kritisierten und was die Regierung, und dabei allen voran Finanz- und Personaldirektor Anton Lauber, stets vehement dementierte.» (BZ)

Wer mit Öl und Gas heizt, soll bezahlen

Energiesteuer Ein wichtiger Vorentscheid ist gefallen: Die vorberatende Landratskommission heisst die neue Energieabgabe gut

VON HANS-MARTIN JERMANN

Im Kanton Baselstad steht die seit Jahren diskutierte neue Energieabgabe kurz vor der Einführung: Wer mit nicht erneuerbaren Energien wie Öl, Erdgas oder Kohle heizt, soll künftig eine Abgabe von 0,5 Rappen pro Kilowattstunde entrichten. Die Umweltschutz- und Energiekommission (UEK) des Landrats heisst die Abgabe gut, wie aus ihrem gestern veröffentlichten Bericht hervorgeht. Für eine moderne Dreizimmerwohnung mit tiefem Energieverbrauch schlägt die neue Steuer mit geschätzten 12 Franken pro Jahr zu Buche, für eine solche aus den 1960er-Jahren, die schlecht isoliert ist, mit dem Doppelten. Auch der Kanton wird für den Energieverbrauch in den eigenen Gebäuden zur Kasse gebeten - aktuell müsste er 153 000 Franken bezahlen.

Die Abgabe ist zu tief angesetzt, als dass sie eine Lenkungswirkung entfalten würde. Mit der Abgabe soll ein Fonds gespeist werden, der die - bis anhin mit einem Verpflichtungskredit des Kantons finanzierten - energetischen Gebäudesanierungen fort-

führt. Die neue Abgabe soll am 1. Januar 2017 eingeführt werden.

Regierung darf Satz nicht erhöhen

Gewerbe- und Industriebetriebe, die nach kantonalem Recht als Grossverbraucher gelten, sind befreit. Dasselbe gilt nach dem Willen einer Mehrheit der UEK auch für kleinere Betriebe, sofern sich diese in einer verbindlichen Zielvereinbarung mit dem Kanton zu Energiesparmassnahmen verpflichten. Die Abgabe soll nicht länger als bis Ende 2030 erhoben werden. Die UEK hat gegenüber der Regierungsvorlage eine wesentliche Änderung vorgenommen: Von der Kompetenz der Exekutive, die Abgabe bei Bedarf zu erhöhen, will die Kommissionsmehrheit nichts wissen.

In der Vernehmlassung wurde die Energieabgabe kontrovers beurteilt und auch infrage gestellt, ob ein Kanton überhaupt die Kompetenz habe, in Eigenregie eine solche Abgabe einzuführen. Zwei Rechtsgutachten sind vergangenen Juli zum Schluss gekommen, dass dies bundesverfassungskonform sei. Die Regierung beschloss, die Einfüh-

5

Rappen pro Liter Heizöl soll die Baselbieter Energieabgabe umgerechnet künftig betragen.

rung der Abgabe von der Revision des Energiegesetzes zu trennen, um letztere nicht durch den Widerstand gegen die Energieabgabe zu gefährden.

Das Gesetz selber ist im Grundsatz unbestritten, in den Details ist der Gesprächsbedarf aber hoch, wie der UEK-Bericht zeigt. So hat die Kommission einen Antrag beraten, der die Senkung des CO₂-Ausstosses auch beim Verkehr verlangt, sie hat letztlich aber entschieden, das Anliegen anstatt im Energiegesetz im Regierungsprogramm 2016 bis 2019 zu verankern. Mit 7 zu 6 Stimmen beantragt die UEK, die Anschlusspflicht an Wärme- und Kältenetze im Gesetz zu belassen. Mit demselben knappen Ergebnis wehrt sich die UEK-Mehrheit gegen die Streichung einer Bestimmung, die es Gemeinden erlaubt, im Rahmen von Quartierplanungen über die kantonalen Regeln hinausgehende energetische Anforderungen festzulegen. Die unterlegene Minderheit will das Thema im Rat erneut aufs Tapet bringen. Die Landratsdebatte zum Gesetz, die wahrscheinlich auf den 16. Juni angesetzt wird, verspricht also Hochspannung.